

65 Jahre früher
Ab 1907 hatten die Frauen in Finnland die politischen Rechte. Wie kam das zustande? **2**

Im 7-Minuten-Takt
Karina Fruman testet auf der Berner Allmend täglich bis zu 200 Leute auf das Coronavirus. **16**

Das Superjahr 1971
Pink Floyd, Stones, Doors: 1971 war das vielleicht beste Jahr in der Rockgeschichte. **21**



Stefan Hofmänner
Vor der Ski-WM: Der Kommentator über die grössten Tücken bei Live-Übertragungen. **23**

AZ 3000 Bern 1

ANZEIGE

JA!
ZUR
FESTHALLE
für alle
2. JA am 7. März 2021

Der Bund

Montag, 8. Februar 2021 — 172. Jahrgang, Nr. 31 — Fr. 4.60 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung — gegründet 1850

Schlechtverdiener in die Sozialhilfe abgedrängt

Invalidenversicherung Anspruch auf IV-Rente hat nur, wer wegen einer gesundheitlichen Beeinträchtigung mit einem mindestens 40 Prozent tieferen Einkommen leben muss. Dies macht sich die IV zunutze, wie Recherchen zeigen. Sie rechnet bei ihren Rentenentscheiden mit Löhnen für Hilfsarbeiten, die in der Realität auf dem Arbeitsmarkt gar nicht bezahlt werden. Dies ist vor allem für Menschen ein Problem, die schon vor der Invalidität wenig verdient haben. Viele von ihnen landen in der Sozialhilfe. (br) **Seite 7, Kommentar rechts**

Heute im «Bund»

Wer stürmte das Capitol?

USA Unter den Donald-Trump-Anhängern, die Anfang Jahr das Parlamentsgebäude gestürmt haben, sind auch Rechtsextreme, wie Auswertungen zeigen. Die meisten stammen jedoch aus der Mitte der Gesellschaft. **Seite 3**

Politisch ausgeschlossen

Bevormundete Wer behindert ist und unter Vormundschaft steht, darf im Kanton Bern weder abstimmen noch wählen. Die UNO kritisiert das. Wie sinnvoll wäre die Reform, die das nun korrigieren will? **Seite 17**

Gebühren immer höher

Dienstleistungen Die Gebühren für Konti, Kreditkarten, Wertschriften und andere Dienstleistungen werden immer höher. Wer auf gewisse Dinge achtet, kann ziemlich viel sparen. **Seite 26**

Service

TV/Radio	18	Wetter	19
Leserbriefe	19	Todesanzeigen	24

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Web: derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch

Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11

Inserate Goldbach Publishing AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Mail: inserate@derbund.ch

Abonnemente Tel. 0844 385 144 (Lokalтарif), Mail: abo@derbund.ch



Der Kanton Bern plant die digitale Revolution

Verwaltung Bernerinnen und Berner sollen nur noch digital mit den Ämtern verkehren, so die Vision des Regierungsrates. Nicht alles ist unumstritten.

Christian Zellweger

Wer mit Ämtern im Kanton Bern zu tun hat, soll künftig keine Formulare mehr ausdrucken müssen. Heute sind erst wenige Dienstleistungen gänzlich digital zugänglich. Für viele Geschäfte – etwa Baugesuche – müssen online ausgefüllte Formulare auf Papier unterschrieben und per Post eingeschickt werden.

Eine neue Digitalstrategie des Regierungsrats soll damit Schluss machen. Die Vision: ein Onlineportal, über das möglichst viele Anliegen erledigt werden können – von der Steuererklärung über einen Umzug bis zur Registrierung eines neuen Autos. Dabei soll es keine

Rolle spielen, ob das Geschäft die Ebene der Gemeinde oder des Kantons betrifft. Auch Dossiers, die der Kanton dem Bund weiterleitet, sollen digital bleiben.

Die Verwaltung selbst soll ebenfalls digitaler werden. So sollen sich Ämter besser austauschen können und möglichst viele Werkzeuge – etwa Terminvereinbarungen oder Bezahlösungen – direktionsübergreifend geteilt werden.

Login-Lösung sorgt für Kritik

Um diese Dienstleistungen anbieten zu können, setzt der Kanton Bern unter anderem auf die Swiss ID. Diese Login-Lösung wird von einem privaten Konsortium aus SBB, Swisscom, Post sowie di-

versen Banken und Versicherungen angeboten. Dass private Login-Lösungen auch staatliche Dienstleistungen anbieten können, sorgt für Kritik – auch in anderen Kantonen. So wehrt sich etwa die Waadt gegen das Gesetz.

Man verstehe die Kritik, teile sie aber nicht, heisst es beim Amt für Informatik des Kantons Bern. Es handle sich um eine politische Frage, die naturgemäss unterschiedlich beurteilt werde. Aus fachlicher Sicht seien die Swiss ID und das E-ID-Gesetz für den Kanton Bern eine gute Lösung. Gegen das Gesetz, das diesen Vorgang regeln will, wurde das Referendum ergriffen. Es kommt am 7. März an die Urne. **Seite 15**

Das Berner Brodeln



Neue Serie Die Musikszene hat ein Krisenjahr hinter sich. Doch was hat sich während des Lockdown in den Berner Studios an neuer Musik zusammengebraut? Die Sängerin Simone De Lorenzi sagt, die Musik habe ihr während der Pandemie den Psychiater ersetzt. (klb) **Seite 28** Foto: Adrian Moser

Kommentar

Die IV fällt Entscheide, die realitätsfern sind

Eingliederung vor Rente – mit diesem Motto hat sich die Invalidenversicherung vor 15 Jahren neu positioniert und saniert. Für viele Versicherte heisst die Realität jedoch: weder Eingliederung noch Rente. Weil die IV von realitätsfernen Lohnvorstellungen ausgeht, bekommen viele Versicherte weder eine Umschulung bezahlt noch eine Rente ausgerichtet.

Die IV zahlt nur eine Rente, wenn wegen eines gesundheitlichen Leidens rechnerisch mindestens eine dauerhafte Erwerbseinkünfte von 40 Prozent resultiert.

Bei diesem System gehen häufig jene leer aus, die schon vor der Erkrankung keinen hohen Lohn hatten. Den Betroffenen bleibt meist nichts anderes als ein Leben von der Sozialhilfe. Das ist ungerecht und beraubt die IV ihres eigentlichen Zwecks.

Wer aus gesundheitlichen Gründen beschränkt erwerbsfähig ist, muss entweder eine reelle Chance auf eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt oder auf eine Rente haben. Die IV muss sich deshalb bei der Berechnung des Rentenanspruchs an Löhnen orientieren, die Versicherte mit ihrer reduzierten Leistungsfähigkeit auf dem realen Arbeitsmarkt tatsächlich verdienen können.

Häufig gibt es diese Nischenarbeitsplätze, auf die die Betroffenen angewiesen sind, aber nicht mehr. Auf dem heutigen Arbeitsmarkt werden kaum leichte Hilfsjobs angeboten, bei denen Arbeitnehmende von Zeit- und Leistungsdruck verschont bleiben. Und wenn es solche Jobs gibt, handelt es sich um geschützte Arbeitsplätze, die oft kein existenzsicherndes Einkommen bieten.

Klar ist, dass die IV keine Jobs schaffen kann, die der Arbeitsmarkt nicht anbietet. Auch kann sie nicht allen eine Rente ausrichten, die wegen gesundheitlicher Einschränkungen keinen Job finden. Aber gleichzeitig darf sie Kranke nicht mit unrealistischen Lohn- und Arbeitsmarktfiktionen abweisen, nur um die Rentenquote tief zu halten. Die Rentenentscheide müssen gerechter werden, auch wenn das mehr kostet.

Markus Brotschi
Bundeshausredaktor

ANZEIGE

FRÜHLINGSERWACHEN
20% AUF LOEB.CH*

*Bis am 28. Februar 2021. Gültig nur im Online Shop. Rabattausnahmen unter www.loeb.ch/rabattausnahmen

LOEB
1881